

## **Große Anfrage**

### **der Fraktion der SPD**

#### **Prävention, Beratung und Behandlung in Bezug auf Genuss- und Rauschmittel sowie nicht stoffgebundene Süchte bei Jugendlichen stärken**

Wir fragen die Landesregierung:

##### **I. Prävention und Beratung**

1. Welche Angebote zur Prävention des Missbrauchs von Genuss- und Rauschmitteln sowie nicht stoffgebundener Süchte bieten die Landesregierung, die baden-württembergischen Kommunen sowie von der Landesregierung geförderte Träger in Baden-Württemberg an (bitte aufgeschlüsselt nach Angebot, Träger, Ort, Zielgruppe des Angebots, Höhe der Mittel sowie Zeitraum der Förderung)?
2. Welche Angebote zur Prävention des Missbrauchs von Genuss- und Rauschmitteln sowie nicht stoffgebundener Süchte werden in Baden-Württemberg über die Gesetzliche Krankenversicherung, die privaten Krankenversicherungen und die Beihilfe sowie die verschiedenen Rentenversicherungsträger angeboten bzw. finanziert (bitte aufgeschlüsselt nach Angebot, Träger, Ort, Zielgruppe des Angebots, Höhe der Mittel sowie Zeitraum der Förderung)?
3. Welche weiteren Angebote zur Prävention des Missbrauchs von Genuss- und Rauschmitteln sowie nicht stoffgebundener Süchte etwa von Stiftungen, freien Trägern und der Selbsthilfe, die aus anderen Mitteln finanziert werden, wirken in der Suchthilfe in Baden-Württemberg mit (bitte aufgeschlüsselt nach Angebot, Träger, Ort, Zielgruppe des Angebots, Fördersumme, Art der Förderung, Finanzierungsquelle sowie Zeitraum der Förderung)?
4. Wie hoch sind die Haushaltsmittel, die im aktuellen Haushalt für die Präventionsarbeit im Bereich von Genuss- und Rauschmitteln sowie nicht stoffgebundenen Süchten aufgewendet werden (bitte aufgeschlüsselt Haushaltstiteln und Höhe der Summe)?
5. Bieten die Landesregierung oder von der Landesregierung geförderte Träger spezifische Präventionsangebote für Jugendliche, Seniorinnen und Senioren oder andere spezifische Bevölkerungsgruppen an?
6. Welche Medien bzw. Kanäle nutzt die Landesregierung in welcher Weise und mit welchem Erfolg zur Verbreitung von Präventionsbotschaften unter besonderer Darstellung, wie der Erfolg gemessen wird (bitte aufgeschlüsselt nach Maßnahme, bespielten Kanälen, Kosten, Reichweite)?
7. Mit welchen Behörden, Organisationen oder Institutionen arbeitet das Land in der Präventionsarbeit, vor allem in Schulen, wie zusammen?
8. Wie wird die Zusammenarbeit hinsichtlich der Präventionsarbeit mit Schulen, Ausbildungsbetrieben und Universitäten gestaltet?

9. Welche Aufgaben übernimmt der öffentliche Gesundheitsdienst im Bereich Prävention, vor allem mit Blick auf betroffene Jugendliche?

## II. Daten und Evaluation

1. Auf welche aktuellen Erhebungen zur Konsumhäufigkeit und zu Konsummustern von Genuss- und Rauschmitteln sowie nicht stoffgebundenen Süchten in der Bevölkerung von Baden-Württemberg greift die Landesregierung für ihre Suchtpolitik zurück (bitte aufgeschlüsselt nach Geschlecht, Altersgruppe, Art des Genuss- bzw. Rauschmittels oder der stoffunabhängigen Sucht)?
2. Wie und in welcher Häufigkeit werden bestehende Präventionsangebote evaluiert unter besonderer Darstellung, wie die Landesregierung die Wirksamkeit dieser bewertet?
3. Welche Maßnahmen werden ergriffen, wenn sich ein Angebot als ineffektiv erweist?
4. Gibt es Pläne zur Einführung neuer Präventionsangebote oder zur Erweiterung bestehender Angebote unter besonderer Darstellung von Art und Zeitplan?

## III. Auswirkungen des Cannabisgesetzes in Baden-Württemberg

1. Welche Änderungen haben Präventionskonzepte und -angebote in Baden-Württemberg seit dem Inkrafttreten des Cannabisgesetzes erfahren bzw. welche Änderungen sind geplant?
2. Wie viele Personen haben in den vergangenen 36 Monaten an dem modularen Präventionsangebot FreD teilgenommen (bitte aufgeschlüsselt nach Anzahl der Personen, Zeitpunkt, Kommunen und Alter der Teilnehmenden)?
3. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, um gerade junge Cannabis-Konsumierende zu erreichen und mit der Suchthilfe in Kontakt zu bringen?

## IV. Prävention bei Kindern und Jugendlichen im schulischen Umfeld

1. Von wie vielen Drogen- und Alkoholdelikten an Schulen hat die Landesregierung in den vergangenen 36 Monaten Kenntnis erlangt (bitte aufgeschlüsselt nach Monaten, Schulamtsbezirken und der jeweiligen Art der Vorkommnisse)?
2. Wie viele und welche Präventionsangebote fanden in den vergangenen drei Jahren an Schulen in Baden-Württemberg statt unter besonderer Darstellung, in welchen Klassenstufen und Schularten diese wie umgesetzt wurden?
3. In welchem Umfang konnte sichergestellt werden, dass in den vergangenen drei Jahren jede Absolventin und jeder Absolvent einer Schule in Baden-Württemberg mindestens an einer Sucht-Präventionsmaßnahme teilgenommen hat?
4. Welche Fortbildungsangebote und andere Informationsangebote gibt es für Lehrkräfte zur Prävention und Erkennung von Genuss- und Rauschmittelmissbrauch sowie nicht stoffgebundenen Süchten unter besonderer Darstellung, wie oft diese Fortbildungen angeboten werden und warum sie für Lehrkräfte nicht verpflichtend sind?
5. Wie wird sichergestellt, dass das Thema an Schulen behandelt wird?
6. Welche speziellen Schulungsangebote gibt es für Schulsozialarbeitende, die Schulpsychologie und Beratungslehrkräfte?
7. Wie wird die Zusammenarbeit in der Prävention zwischen Schulen und externen Partnern organisiert und evaluiert?
8. Welche Beratungsangebote stehen Schülerinnen und Schülern zur Verfügung, die Fragen oder Probleme im Umgang mit Genuss- und Rauschmitteln sowie nicht stoffgebundenen Süchten haben?

9. Welche schulischen Hilfsangebote gibt es speziell für Kinder und Jugendliche aus suchtbelasteten Familien?
10. Welche Selbsthilfegruppen oder Peer-Mentoring-Angebote sowohl für betroffene Schülerinnen und Schüler als auch für ihre Mitschülerinnen und Mitschüler gibt es an Schulen in Baden-Württemberg?
11. Wie werden Schülerinnen und Schüler identifiziert, die möglicherweise gefährdet sind, und welche Schritte werden unternommen, um ihnen zu helfen?

18.3.2025

Stoch, Binder, Kenner und Fraktion

### Begründung

Vor einem Jahr trat das Cannabisgesetz in Kraft. Dies führte unter anderem zu einer gesellschaftlichen und politischen Diskussion über die Wichtigkeit und das Ausmaß von Präventionsmaßnahmen, gerade auch für Kinder und Jugendliche. Da Kinder und Jugendliche vor allem in der Lebenswelt Schule Zugang zu Präventionsangeboten erhalten, soll diese Große Anfrage genauer auf die Angebote und Möglichkeiten von Prävention im Umfeld Schule eingehen. Jedoch sollen auch außerschulische Maßnahmen wie das modulare Präventionsangebot FreD beleuchtet werden, das in den vergangenen Jahren stark genutzt wurde und eine gute Möglichkeit darstellt, junge Konsumierende zur Suchthilfe zu bringen. Dieser Antrag soll daher auch evaluieren, welche Auswirkungen das Cannabisgesetz auf bestehende Präventionsangebote wie FreD hat. Neben Cannabis bieten auch Alkohol und andere Substanzen sowie nicht stoffgebundene Süchte Risiken für Kinder und Jugendliche. Besonders weil Kinder und Jugendliche noch in ihrer Entwicklung stehen und oft von Verlockungen und dem Druck Gleichaltriger beeinflusst werden können, ist es entscheidend, bereits früh auf präventive Maßnahmen zu setzen, die zur Lebenskompetenzförderung beitragen.